



Bezirksregierung Arnsberg • Postfach • 59817 Arnsberg  
An die Mitglieder des Ausschusses  
für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen  
und Immobilien  
im Rat der Stadt Dortmund

44135 Dortmund

Datum: 09 September 2011  
Seite 1 von 6

Aktenzeichen:  
11.7  
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:  
Herr Schulz  
ruediger.schulz@bra.nrw.de  
Telefon: 02931/82-2108  
Fax: 02931/82-41218

Seibertzstr. 1  
59821 Arnsberg

**PCB-Belastung im Dortmunder Hafen;**  
Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen  
und Immobilien (AUSWI) im Rat der Stadt Dortmund am 07.09.2011

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren,

in der o. a. Sitzung des AUSWI wurde Ihnen zugesagt, schriftlich über  
Hintergründe zur Situation der PCB-Belastung im Dortmunder Hafen zu  
informieren.

### **Information des AUSWI am 03.02.2010**

In der Ausschusssitzung am 07.09.2011 wurde dem Vertreter der  
Bezirksregierung Arnsberg vorgeworfen, er habe am 29.01.2010  
Antworten auf Fragen des AUSWI zu Hintergründen des PCB-Skandals  
von Herrn Dr. Neupert vorher absegnen lassen. Diese Behauptung  
entbehrt jeder Grundlage.

#### Zum Sachverhalt:

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 19.01.2010  
(Drucksache Nr. 00190-10) wurde um die Beantwortung diverser Fragen  
im AUSWI zur PCB-Belastung am Dortmunder Hafen gebeten. Die  
Bezirksregierung Arnsberg wurde als tlw. zuständige Aufsichtsbehörde  
über diesen Antrag seitens der Stadt Dortmund informiert und um  
Beantwortung der einschlägigen Fragen gebeten.

Die erforderlichen Daten wurden erhoben und aufbereitet. Hierbei  
handelte sich um z. T. vertrauliche Betriebsdaten. Vor der Bekanntgabe

Hauptsitz:  
Seibertzstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de  
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:  
8.30 – 12.00 Uhr  
und 13.30 – 16.30 Uhr  
freitags bis 15.00 Uhr

Konto der Landeskasse  
Düsseldorf:  
WestLB Düsseldorf 4008017  
BLZ 30050000  
IBAN: DE27 3005 0000 0004  
0080 17  
BIC: WELADED  
Umsatzsteuer ID:  
DE123878657



gegenüber Dritten muss nach dem Umweltinformationsgesetz eine Beteiligung des betroffenen Betriebes erfolgen. Dies war die Envio Recycling GmbH & Co KG (Herr Dr. Neupert war zur damaligen Zeit der Geschäftsführer). Dies erfolgte auf Sachbearbeiterebene mit Herrn Dr. Neupert. Letztlich sind diese detailliert erhobenen Anlagendaten jedoch nicht für die Beantwortung der Anfrage genutzt worden.

Die Stellungnahme der Bezirksregierung befasste sich insgesamt mit der PCB-Problematik im Hafensbereich. Aussagen zu Envio waren Teil davon.

Nachweislich hat es am 29.01.2010 zwischen dem in der Ausschusssitzung am 07.09.2011 anwesenden Vertreter der Bezirksregierung Arnsberg und Herrn Dr. Neupert keinen Schrift- oder E-Mail-Verkehr zu dieser Angelegenheit gegeben.

Die im Ausschuss erhobenen Vorwürfe sind unzutreffend und werden entschieden zurückgewiesen.

Weiterhin wurde dem Regierungspräsidenten Untätigkeit vorgeworfen. Diesen Vorwurf weise ich vehement zurück. Vielmehr sind zahlreiche Maßnahmen ergriffen worden.

### **Prognos-Konsequenzen**

Seit Bekanntwerden und der Stilllegung des Envio-Betriebes am 05.05.2010 ist die Bezirksregierung Arnsberg nicht untätig geblieben, sondern hat Konsequenzen gezogen und im letzten Jahr bereits mit zahlreichen Aktivitäten auf den Skandal reagiert, z. B. durch

- Bildung einer zusätzlichen Einsatzgruppe zur Arbeitsschutzüberwachung;
- Entwicklung und kontinuierliche Fortschreibung eines Strategiekonzeptes zur Sanierung des ENVIO-Geländes;
- Einrichtung einer Lenkungsgruppe mit allen zuständigen Behörden;
- Durchführung von zwei Sanierungsfachgesprächen, um die Betroffenen über die Sanierungsmaßnahmen auf dem Gelände der Firma ENVIO zu informieren und sie mit einzubeziehen;
- Schaffung der Funktion des "Ombudsmann PCB";
- Einzelgespräche des Regierungspräsidenten und des zuständigen Abteilungsleiters mit unterschiedlichen Betroffenen



(Mitarbeiter der Firmen ENVIO und ABP, diverse Unternehmen aus dem Dortmunder Hafen, politische Vertreter aller Parteien, Bürgerinitiativen etc.);

- organisatorische und strukturelle Optimierung der Genehmigungs- und Überwachungspraxis der Bezirksregierung
- zahlreiche interne Gespräche zur weiteren Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Überwachungsbereich;
- verstärkte rechtliche Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um aktuelle rechtliche Entwicklungen schneller zu kommunizieren;
- Neustrukturierung des Beschwerdemanagements;
- Erarbeitung eines neuen Konzeptes für eine risikoorientierte Überwachung im Bereich der Umweltverwaltung;
- Beteiligung der Bezirksregierung an öffentlichen Veranstaltungen, um den Fortgang und die Strategie der Sanierungsmaßnahmen auf dem ENVIO-Gelände zu erläutern. (z. B. in der Multiplikatorenkonferenz, bei Kleingärtnern, im Umweltausschuss der Stadt Dortmund, bei der Hafen-AG);
- Optimierung der Kommunikation mit den Ministerien durch tägliche operative Lageberichte und Presselageberichte.

### **PCB-Belastung**

Nachdem am 29.07.2011 Vorwürfe über angebliche Sicherheitslücken sowie die Belastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie der Nachbarschaft des Envio-Geländes öffentlich erhoben wurden, sind diese Behauptungen überprüft worden.

Diese Überprüfung ergab, dass vom Betriebsgelände der Fa. Envio nach der Stilllegung keine Gesundheitsgefahren für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Arbeitnehmer im Hafen mehr ausgehen.

Regelmäßige Luftkonzentrations- und Staubniederschlagsmessungen des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) sowie aktuelle Fegestaubproben vom Betriebsgelände bestätigen dies.

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang auf die umfassende Dokumentation zu verweisen, die Sie unter dem Internetlink:

<http://www.bezreg->

[arnsberg.nrw.de/presse/2011/08/117\\_11/situation/index.php](http://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/presse/2011/08/117_11/situation/index.php) finden.



Im Umweltausschuss wurde am 07.09.2011 vorgetragen, dass die Bezirksregierung den Anstieg der PCB-Belastung im Januar/Februar 2011 gegenüber der Öffentlichkeit verschwiegen habe. Das ist unzutreffend.

Richtig ist, dass die Öffentlichkeit bereits mit Presseerklärung der Stadt und der Bezirksregierung vom 05.05.11 auf den Anstieg aufmerksam gemacht worden ist. Der zugrunde liegende Messbericht des LANUV vom 26.04.2011 enthielt einen immissionsschutzrechtlich nicht relevanten Übertragungsfehler (MP 12), der durch einen neuen Messbericht vom 06.05.2011 korrigiert worden ist.

Die thematisierte Verbindung zwischen den Messwerten an der Messstelle 9 und Envio ist nicht nachvollziehbar. Nach den Witterungsbedingungen hätten dann die näher zu Envio gelegenen Messstellen 5, 6 und 8 deutlich höhere Belastungen aufweisen müssen. Dies ist nicht der Fall. Hingegen liegt die Messstelle 9 direkt im Einwirkungsbereich der Firma RRD, die ebenfalls als ein PCB-Emittent ermittelt worden ist.

Zur Ermittlung des Verursachers von PCB-Emissionen um Dortmunder Hafen hatte das LANUV von Ende März 2010 bis März 2011 insgesamt 14 Staubbiederschlagsmessstellen betrieben. Die Fa. Envio konnte mit diesen Messpunkten als Hauptverantwortlicher ermittelt werden. Im März 2011 wurde dann vom LANUV die weitere Messplanung für die Sicherungs- und Sanierungsphase des Geländes vorgestellt. Mit den darin neu festgelegten Messpunkten in den Bereichen Hafenviese und Fredenbaumpark wird die PCB-Belastung weiterhin überwacht. Ergänzend werden Messungen am Containerterminal durchgeführt, um die Wirksamkeit weiterer Minderungsmaßnahmen bei der benachbarten Firma Interseroh beurteilen zu können. Weitergehende Staubbiederschlagsmessungen werden mit Beginn der Sanierungsarbeiten auf dem Envio-Gelände aufgenommen.

### **Sicherung des Betriebsgeländes**

Dem Vorwurf, das Betriebsgelände Kanalstraße 25 sei nicht ausreichend gesichert, muss entschieden entgegengetreten werden. Die Dokumentation auf der Internetseite der Bezirksregierung zeigt, dass umfassende Maßnahmen getroffen sind.

Auf dem Betriebsgelände Kanalstr. 25 sind diverse Unternehmen ansässig. Einzige Zufahrt zum Gelände ist die 24 Stunden besetzte



Pforte an der Kanalstr. 25. Die dort vorhandenen Maßnahmen sorgen dafür, dass

- sich lediglich zugangsberechtigte Personen (z.B. Arbeitnehmer und angemeldete Gäste) Zutritt zu dem Gelände verschaffen können,
- die Betriebsflächen der Fa. Envio durch eine Zaunanlage mit der Beschilderung „Zugangsverbot“ gesichert sind,
- beschilderte Zaunanlagen einen Teilbereich der Halle 55 und ein Containerfreilager neben der Halle 2 absichern.

Darüber hinaus sind die PCB belasteten Hallen verschlossen und teilweise durch Alarmanlagen und Überwachungskameras gesichert.

In Halle 55 besteht eine Staubabtrennung in der Form eines Metallgerüsts mit Folienbespannung, die den heute durch eine andere Firma genutzten Teil der Halle von dem Bereich trennt, der früher durch die Fa. Envio genutzt wurde. Hinter dieser Staubabtrennung befindet sich wiederum eine zwei Meter hohe Zaunanlage, die das Betreten dieses Bereiches verhindert. Diese Sicherungsanlage besteht seit jeher. Um ein Erreichen dieses Hallenteils zusätzlich zu erschweren, wurde zwischenzeitlich der Zugang mit einem weiteren Zaun vor der Staubabtrennung errichtet.

Diese Staubabtrennung in Halle 55 wurde im April 2011 zur Vorsorge im Zusammenhang mit der Betriebsaufnahme eines Unternehmens in diesem Bereich errichtet. PCB-Untersuchungen durch Gutachter haben ergeben, dass seit Stilllegung der Fa. Envio im Mai 2010 bis zur Errichtung der Trennwand keine kritische PCB-Belastung des Nachbarbereiches erfolgte. Durch zahlreiche Messungen wurde belegt, dass kein PCB-Staub in der Halle aufgewirbelt und nach außen getragen wird.

Aus Brandschutzgründen sind alle Türen als Fluchttüren mit sogenannten Panikverschlüssen ausgelegt. D.h., sie können von innen geöffnet werden, obwohl sie von außen verschlossen sind. Der ordnungsgemäße Zustand der Absperrungen und der Verschlusszustand werden von der Bezirksregierung mehrmals in der Woche überprüft. Die Ergebnisse der Überprüfung werden dokumentiert.

Vor diesem Hintergrund zu behaupten, wochenlang sei der Zugang zum abgesperrten Bereich der Halle 55 für Hunderte von Beschäftigten problemlos zugänglich gewesen, entbehrt jeder Grundlage.



Darüber hinaus werden bei den regelmäßigen Kontrollen des Geländes fortlaufend die Sicherungsmaßnahmen kontinuierlich überprüft. Etwaige Mängel werden beseitigt.

### **Sanierung**

Für das Envio-Betriebsgelände liegt ein Beräumungs-, Sanierungs- und Entsorgungskonzept vom 17.03.2011 vor. Dieses Konzept beschreibt detailliert Art und Ausmaß der PCB-Belastung. Dieses Konzept ist ebenfalls auf der Internetseite der Bezirksregierung einsehbar. Es stellt die wesentliche Grundlage der Sanierungsanordnung dar, die von der Bezirksregierung am 29.06.2011 getroffen worden ist. Die notwendigen Ersatzvornahmen erfolgten, die für die Beräumung und Reinigung der Hallen notwendige Europa weite Ausschreibung wird vorbereitet.

Die v. g. Prozesse werden bekanntlich immer wieder durch eingelegte Rechtsmittel (z. Zt. sind mehr als 30 Klageverfahren anhängig) verzögert.

Ich hoffe, mit diesen Informationen zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen und würde mich darüber freuen, wenn sich alle Beteiligten an einer sachlich orientierten Diskussion beteiligen würden. Gleichzeitig erlaube ich mir zu appellieren, im Sinne der Betroffenen Menschen an einer zielgerichteten Problemlösung in einem fairen Umgang miteinander mitzuarbeiten.

Die Bezirksregierung steht für weitere Sachinformationen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Bernd Müller', written over a horizontal line.

(Bernd Müller)